



über die
1. Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am Mittwoch, dem 30.05.2007
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:35 Uhr

Anwesend

SPD

Frau Marion Dyduch
Frau Petra Hartig
Herr Heiko Klanke
Frau Annette Mann

CDU

Herr Wilhelm Kemna
Frau Ina Scharrenbach
Herr Franz Hugo Weber

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Alexandra Möller

Stimmberechtigte Mitglieder gem. § 71 Abs. 1 Ziffer 2 SGB VIII

Frau Susanne Hartmann
Frau Svenja Schnober
Herr Jörg Theis
Herr Ludger Töpfer

Beratende Mitglieder gem. § 5 Abs. 3 AG-KJHG

Herr Reiner Brüggemann
Herr Kunibert-Josef Kampmann
Herr Ludger Krampe
Frau Dr. Gabriele Krumme
Herr Kurt Reinholz

Beratende Mitglieder gem. § 4 Abs. 3 Buchst. k der Satzung für das Jugendamt

Herr Peter Büchel
Herr Hans-Peter Kaminski

Verwaltung

Herr Jürgen Dunker
Herr Klaus Güldenhaupt
Frau Sandra Schertel

Gäste

Herr Sauerwein, Ev. Kirchenkreis Unna

Entschuldigt fehlten

Frau Gabriele Bartosch
Herr Kai Brumberg
Herr Ralf Hinterseer
Frau Gabriele Jäger
Herr Detlef Maidorn
Herr Gerhard Peske
Herr Herbert Ritter
Frau Gertrud Sändker
Herr Carsten Scheunemann
Herr Burkhard Treese
Herr Martin Wiegelmann

Frau **Dyduch** eröffnete die Sitzung und begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die anwesenden Vertreter des Jugendamtes und der Presse. Ihr besonderer Gruß galt Herrn Sauerwein vom Evang. Kirchenkreis Unna als Referent zum TOP 1.

Änderungen der Tagesordnung lagen nicht vor.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Aktuelle Entwicklungen zum Gesetzentwurf zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz) Referent: Herr Sauerwein, Ev. Kirchenkreis Unna	
2	Situationsbericht der Verwaltung zur Belegung der Kindertageseinrichtungen unter besonderer Berücksichtigung der Angebote für Kinder unter 3 Jahren	
3	Ausbau der Betreuungszeiten von Kindern in Kindertagesstätten hier: Antrag der SPD-Fraktion	
4	Sprachstandserhebung für die Vierjährigen in Kamen hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN	
5	Gesamtkonzept Sprachförderung hier: Antrag der CDU-Fraktion	

6	Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren Förderung eines weiteren Familienzentrums durch das Land NRW im Jahr 2007	032/2007
7	Ferienaktionen 2007	
8	Familienservice hier: Antrag der SPD-Fraktion	
9	Vorsorgeuntersuchungen hier: Antrag der CDU-Fraktion	
10	Mobile Jugendsozialarbeit für junge Migrantinnen und Migranten hier: Antrag der CDU-Fraktion	
11	Einbringung des Kinder- und Jugendförderplanes	
12	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Aktuelle Entwicklungen zum Gesetzentwurf zur frühen Bildung und
Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz)
Referent: Herr Sauerwein, Ev. Kirchenkreis Unna

Herr **Sauerwein** referierte zum vorliegenden Gesetzentwurf und stellte die
wesentlichen Änderungen in der künftigen Finanzierung der Kindertages-
einrichtungen anhand einer PowerPoint-Präsentation dar, die als Anlage
zum Protokoll beigefügt ist.

Eine der wesentlichen Änderungen des KiBiz ist die Einführung von Kind-
bzw. Gruppenpauschalen. Derzeit bedeuteten steigende Kosten in den
Kindertageseinrichtungen auch steigende Zuschüsse. Künftig seien
Schwankungen in der Demografie stärker zu spüren, da bei Gruppen-
unterschreitungen ab 2 Kindern Kindpauschalen abgezogen würden.
Dennoch bietet das KiBiz eine Chance, aus den starren Strukturen des GTK
auszubrechen.

Derzeit sei die Finanzierung der Kindertageseinrichtungen auf durchschnittlich 35 Stunden pro Woche Betreuungszeit ausgelegt. Die Einführung der Pauschalen bedeute auch einen möglichen Personalabbau wegen älterem und somit teurerem Personal in den Einrichtungen.

Die besondere Schwierigkeit liege u.a. bei der Festlegung der benötigten Betreuungszeiten, da dies insbesondere von den zukünftigen Elternbeiträgen abhängig sei.

Herr Sauerwein sprach die Empfehlung aus, bei der Bemessung der Elternbeiträge ein besonderes Augenmerk auf die Betreuungszeit von 35 Std. pro Woche zu legen und diese Zeit finanziell besonders attraktiv zu gestalten.

Frau **Dyduch** dankte Herrn Sauerwein für seinen Vortrag und versicherte, dass die gute Zusammenarbeit mit den Trägern der Kindertageseinrichtungen eine Chance sei, die bevorstehenden schwierigen Aufgaben zu meistern.

Herr **Brüggemann** unterstrich ebenfalls, dass allen eine schwere Aufgabe bevorstehe, vor allem auch im Hinblick auf die anstehenden Haushaltsberatungen für das Jahr 2008.

Derzeit habe die Stadt Kamen die Trägeranteile der kirchlichen Träger durch freiwillige Leistungen bereits auf 10 % gesenkt. Die Verwaltung schlage vor, auch zukünftig die Trägeranteile bei 10 % festzuschreiben. Dies sei aufgrund der guten Arbeit der Träger angemessen und vor dem Hintergrund der Vereinbarungen sachgerecht.

Er erklärte außerdem, dass er froh sei, wenn das Land die Elternbeiträge einheitlich festschreiben würde. Ansonsten sei eine kreisweite Harmonisierung der Elternbeiträge anzustreben. Hierzu gebe es erste Tendenzen zu gemeinsamen Gesprächen.

Herr Brüggemann kündigte eine Testabfrage zu den gewünschten Buchungszeiten in zwei Kindertageseinrichtungen nach der Sommerpause an. Diese Elternabfrage soll erste Einschätzungen der zukünftig gewünschten Betreuungszeiten liefern und den Haushaltsplanungen für 2008 dienen.

Abschließend teilte er mit, dass sich aufgrund der demografischen Entwicklung und der flexiblen Schuleingangsphase mögliche freie Plätze in den Kindertageseinrichtungen ergeben. Ziel sei es jedoch, die Gruppen in der Anzahl möglichst zu erhalten und frei werdende Kapazitäten für U3-Angebote zu nutzen.

Zu TOP 2.

Situationsbericht der Verwaltung zur Belegung der Kindertageseinrichtungen unter besonderer Berücksichtigung der Angebote für Kinder unter 3 Jahren

Herr **Brüggemann** berichtete über die derzeitige Belegung der Kindertageseinrichtung und die Entwicklungen in der Tagespflege anhand von Folien, die als Anlage zum Protokoll beigefügt sind. Des Weiteren stellte er den aktuellen Bestand der Wichtelgruppen im Stadtgebiet Kamen dar.

Derzeit gebe es im Stadtgebiet fast 80 originäre U3-Angebote. Bei den laut Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) geforderten Plätzen für 20 % der unter Dreijährigen würde die Stadt Kamen mit insgesamt 150 Plätzen auskommen, gehe man von derzeit 365 Kindern eines Jahrgangs aus. Im Moment erschließe sich allerdings nicht, für welche Altersgruppe konkret Plätze anzubieten seien.

Zu TOP 3.

Ausbau der Betreuungszeiten von Kindern in Kindertagesstätten
hier: Antrag der SPD-Fraktion

Frau **Mann** erläuterte den Antrag der SPD-Fraktion zum Ausbau der Betreuungszeiten von Kindern in Kindertageseinrichtungen. Die derzeitigen Betreuungszeiten von 7.00 – 16.00 Uhr reichten nicht mehr aus, da sich die Lebensumstände der Familien änderten und somit über eine Verlängerung der Randzeiten nachgedacht werden müsse. Die Träger hätten in gemeinsamen Gesprächen bereits ihr Interesse signalisiert.

Frau **Möller** äußerte Verwunderung über den vorliegenden Antrag aufgrund der bevorstehenden Einführung des KiBiz und der damit verbundenen Neuausrichtung der Betreuungszeiten. Außerdem böten einige Träger bereits eine Randzeitenbetreuung an. Die Erfahrungen hätten gezeigt, dass es sich häufig nur um einen vereinzelten Bedarf handele. Hierfür eine Randzeitenbetreuung zu ermöglichen, entspräche jedoch nicht den betriebswirtschaftlichen Grundsätzen, nach denen auch eine Kindertageseinrichtung arbeiten müsse.

Sie regte an, den Antrag zurückzustellen und darüber zu entscheiden, sobald die Ergebnisse aus der angekündigten Elternbefragung zu den Betreuungszeiten nach KiBiz vorlägen.

Frau **Scharrenbach** erklärte, dass ihre Fraktion grundsätzlich konform gehe mit dem Antrag der SPD-Fraktion, jedoch regte auch sie an, erst über den Antrag zu entscheiden, sobald die Ergebnisse der beabsichtigten Elternbefragung vorlägen. Die letzte Elternbefragung im Jahre 2005 hätte keinen größeren Bedarf an Randzeitenbetreuung ergeben.

Frau **Mann** entgegnete, dass alle Träger in den gemeinsamen Gesprächen Bedarf für eine Randzeitenbetreuung angemeldet hätten. Kreisweit gebe es bereits vielfältige Betreuungsmodelle z.B. an Samstagen, so dass man aufgrund der Aktualität diesen Antrag formuliert habe.

Frau **Scharrenbach** unterstrich nochmals, zunächst die angekündigte Bedarfsabfrage der Verwaltung abzuwarten und auf Basis dieser Zahlen zu schauen sei, wo der Betreuungsbedarf hingehe.

Frau **Möller** fügte nochmals hinzu, dass das Angebot zur Randzeitenbetreuung in einigen Einrichtungen in Kamen bereits bestehe und dass es sich erfahrungsgemäß nur um Einzelfälle handele, für die eine Finanzierung nicht rentabel sei und nur über einen Tagesmüttereinsatz ermöglicht werden könne.

Herr **Kampmann** merkte an, dass sich im Bereich der Schulen ein ähnliches Problem abzeichne. Man könne jedoch aus organisatorischen Gründen nicht jeder Individualität nachgehen.

Herr **Klanke** erklärte, man müsse prüfen, ob es Einzelfälle gebe, in denen durch eine weitergehende Kooperation Abhilfe geschaffen werden könne. Es seien Überlegungen mit den Trägern anzustellen, um im Bedarfsfall flexibel reagieren zu können.

Herr **Brüggemann** regte an, den Prüfauftrag aufgrund der fachlichen Diskussion anzunehmen und den Auftrag um die Bedarfsabfrage zu erweitern. Er formulierte eine Vorstellung, die Einrichtungen in den Randzeiten zu öffnen und nebenamtliches Personal einzusetzen, währenddessen das fachlich qualifizierte hauptamtliche Personal nur zu den offiziellen Betreuungszeiten eingesetzt werde. Es dürfe jedoch bei diesen Angeboten keine Konkurrenz zu den Arbeitstableaus der Träger entstehen. Im Übrigen werde auch die Stadtteil- oder Stadtvernetzung zu prüfen sein, womit dann auch die betriebswirtschaftlichen Hinweise von Frau Möller beleuchtet würden.

Frau **Dyduch** ergänzte daraufhin den Antrag der SPD-Fraktion und bat anschließend um Abstimmung über den neu formulierten Antrag.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Kamen beauftragt die Stadtverwaltung Kamen zu überprüfen, welche Möglichkeiten es zum Ausbau der Betreuungszeiten von Kindern in den Kindertagesstätten **nach Bedarfsermittlung mit den Trägern** in Kamen gibt. Über die Prüfergebnisse ist der Jugendhilfeausschuss zeitnah zu informieren.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Zu TOP 4.

Sprachstandserhebung für die Vierjährigen in Kamen
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr **Güldenhaupt** nahm Bezug auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und beantwortete die vorab formulierten Fragen wie folgt:

- Es müssen 53 % der Kinder aus Kamener Kindertageseinrichtungen an der 2. Stufe der Sprachstandserhebungen teilnehmen.
- 75 Kinder ohne bisherigen Kindergartenbesuch nehmen ebenfalls an der 2. Teststufe teil.
- Es liegen noch keine konkreten Auswertungen vor, wie viele Stunden Unterricht für die 1. Stufe der Sprachstandserhebungen ausgefallen sind.
- Das Schulamt rechnet für die 2. Stufe mit einem zeitlichen Bedarf von ca. 60 Minuten pro Test.
- Die Lehrkräfte erhalten im Rahmen einer Methodenerweiterung eine Kurzschulung, die auf dem diagnostischen Kenntnisstand der Grundschullehrkräfte aufbaut.
- Die Reaktionen der Tageseinrichtungen und Schulen auf die 1. Erhebungsphase werden erst nach Abschluss des Gesamtverfahrens ausgewertet.
- Es gibt vielfältige Reaktionen der Eltern. Diese reichen von völliger Ablehnung bis zur nachdrücklichen Zustimmung und umfassen alle Bereiche von der Fragestellung nach der Notwendigkeit staatlichen Handelns bis hin zur Diskussion über das Sprachvermögen der Kinder.

- Die Sprachförderung wird von den Erzieherinnen in den Kindertageseinrichtungen durchgeführt.

Herr **Güldenhaupt** teilte mit, dass alle weiteren Fragen im Schul- und Sportausschuss am 12.06.2007 bzw. nach endgültiger Auswertung im September durch Herrn Forthaus beantwortet werden. Das Land stelle die bisherige Förderung nach den Sprachförderrichtlinien zum Ende des Jahres ein. Er hoffe jedoch, dass es noch eine Landesregelung für die Sprachförderung der älteren Kinder (ab 5 Jahren) gebe.

Herr **Kaminski** erhob Zweifel, ob das Sprachstandsfeststellungsverfahren kindgerecht sei und fragte, welche Erfahrungen die Stadt Kamen hierzu gemacht habe.

Herr **Brüggemann** entgegnete daraufhin, dass es keine Systemanalyse aus Sicht der Verwaltung zu dem Thema geben werde, da der Verwaltung hierzu keine Bewertung des Verfahrens zustehe.

Frau **Scharrenbach** bemerkte, dass es eine Evaluierung des Verfahrens in einem Ausschuss auf Landesebene gebe. Allerdings sei sie der Meinung, dass Kinder an dem Test nicht scheitern, sondern nur gewinnen können. Würde der Test nur auf freiwilliger Basis erfolgen, gäbe es häufig keine Rückmeldung seitens der Eltern, da diese Angst hätten, dass bei ihrem Kind eine Auffälligkeit entdeckt werden könnte. Nun hätten aber alle Kinder eine gleiche Chance auf Sprachförderung.

Zu TOP 5.

Gesamtkonzept Sprachförderung
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Herr **Güldenhaupt** teilte mit, dass er zu diesem Thema bereits in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.02.2006 einen detaillierten Bericht erstattet hätte.

Man habe beschlossen, in der bisherigen Form weiter zu arbeiten und ein Handlungskonzept zu entwickeln.

Danach sei die Landesförderung verdoppelt worden, so dass im vergangenen Jahr insgesamt 36 Sprachfördergruppen eingerichtet werden konnten. Hieran konnten über 300 Kinder teilnehmen, so dass alle 4-jährigen Kinder in Tageseinrichtungen Sprachförderung erhalten konnten.

Des Weiteren werde in 3 Grundschulgruppen und in der OGGs Sprachförderung im Rahmen der Hausaufgabenbetreuung angeboten.

Auch die Jugendfreizeitzentren, das Jugendkulturcafe und der Förderverein für Jugendhilfe beteiligen sich an Angeboten zur Sprachförderung.

Darüber hinaus habe man in den jährlichen Leiterinnenbesprechungen darauf hingewiesen, die Eltern mehr in die Sprachförderung ihrer Kinder einzubinden. Auch hier gebe es in den Kindertageseinrichtungen bereits Angebote zur Sprachförderung unter Einbeziehung der Eltern und auch in Zusammenarbeit mit dem Kreisgesundheitsamt.

In den jährlichen Informationsveranstaltungen für die Eltern vierjähriger Kinder wurden ebenfalls bedarfsgerechte Angebote und Beratungen der Eltern durchgeführt.

Mit der Änderung des Schulgesetzes gebe es nunmehr eine verpflichtende Sprachstandserhebung für alle vierjährigen Kinder und somit eine neue gesetzliche Grundlage.
Da damit nicht alle Kinder (ab 5 Jahre) erfasst würden, müsse dieser Bedarf in die Sozialraumgespräche mit einbezogen werden und ggf. bedarfsgerechte Angebote gemacht werden.

Ein weitergehendes Gesamtkonzept Sprachförderung sei in Kamen nicht notwendigerweise aufzustellen, da eine ständige Reflexion bestehe.

Zu TOP 6.
032/2007

Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren
Förderung eines weiteren Familienzentrums durch das Land NRW im Jahr 2007

Herr **Güldenhaupt** nahm Bezug auf die vorgelegte Beschlussvorlage und bemerkte, dass der Fachbereich die Beschlussvorlage deutlich und ziel führend formuliert habe. Alle Träger hätten in ihren Bewerbungen sehr umfangreich nachgewiesen, dass die Kindertageseinrichtungen Arbeit auf hohem Niveau leisten. Das gelte aber nicht nur für Einrichtungen, die sich dieses Jahr beworben haben, sondern für alle Kindertageseinrichtungen in Kamen. Es sei nicht Aufgabe der Jugendhilfe gewesen, eine Ranking-Liste zu erstellen. Hauptaugenmerk habe man neben der Qualität und der Angebotsbreite auch auf die angestrebte Trägervielfalt und die Stadtteildeckung gelegt. Für die nächsten Jahre seien 5 weitere Familienzentren für Kamen vorgesehen. Fraglich sei, ob die finanzielle Förderung des Landes (12.000,- €) ausreiche, die gewünschten Angebote zu finanzieren.

Frau **Möller** teilte mit, dass sie sich wegen Befangenheit bei der Abstimmung enthalten werde.
Sie regte an, dass ein Ziel sein müsse, dass für jede Familie bis zum Jahr 2012 ein Familienzentrum fußläufig zu erreichen sei. Insofern müsse man auch über eine mögliche Verbundlösung nachdenken.

Frau **Scharrenbach** bemängelte, dass aufgrund der vorgelegten Beschlussvorlage keine Möglichkeit des Ausschusses zur Auswahl bestehe. Die Bewerbungen bzw. Konzepte seien nicht zur Verfügung gestellt worden.
Die CDU-Fraktion vertrete die Auffassung, dass es vor dem Hintergrund des Sozialraumes sinnvoller gewesen sei, das Familienzentrum nach Heeren zu geben. Sie habe außerdem eine Begründung der Entscheidung nach Vorgabe des Landeskongresses vermisst. Aufgrund dessen werde sich die CDU-Fraktion bei der Abstimmung enthalten.

Herr **Klanke** erklärte, dass sich der Bedarf für Methler sehr wohl aus der Sozialraumanalyse ergebe. Die Verwaltung solle zukünftig auch über eine mögliche Verbundlösung nachdenken.

Frau **Scharrenbach** entgegnete daraufhin, dass die Sozialraumanalyse in Heeren schon länger laufe, insofern lägen auch hier mehr Ergebnisse vor. Sie bat außerdem um einen Sachstandsbericht zum Familienzentrum „Atlantis“ durch Frau von der Heide in einer der nächsten Sitzungen.

Frau **Dyduch** teilte mit, dass jederzeit die Möglichkeit zur Einsichtnahme der vorgelegten Konzepte im Fachbereich bestanden habe und kündigte den Erfahrungsbericht des Familienzentrums „Atlantis“ für Ende des Jahres bzw. im Frühjahr 2008 an.
Sie bat anschließend um Abstimmung über die Beschlussvorlage.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Weiterentwicklung des Evang. Kindergartens, Otto-Prein-Str. 17 a in Kamen-Methler zum Familienzentrums im Jahr 2007.

Abstimmungsergebnis: mit 6 Enthaltungen einstimmig angenommen

Zu TOP 7.

Ferienaktionen 2007

Herr **Dunker** stellte die Ferienaktionen 2007 vor:

- 21.06. – 03.07.2007 Jugendfreizeit Camp Nautic Almata in Spanien für 30 Kinder im Alter von 15 - 17 Jahren
- 02.07. – 13.07.2007 Kinderfreizeit Schloss Dankern für 30 Kinder im Alter von 10 - 14 Jahren

Für beide Freizeiten werde ein Teilnehmerbeitrag ohne Zuschuss in Höhe von 410,- € erhoben.

- 02.07. – 13.07.2007 Ferienspiel „Mini-Kamen“ für 220 Kinder im Alter von 6-13 Jahren im Jugendfreizeitzentrum Kamen-Mitte; Kosten pro Kind 25,- €

Des weiteren werden noch kleinere Aktionen im Bürgerhaus Methler und im Jugendkulturcafe sowie diverse Ausflüge angeboten.

Herr Dunker ergänzte, dass immer weniger Kinder und Jugendliche mit ihren Familien in den Urlaub fahren könnten. Der Großteil der Kinder, die an den Freizeiten teilnehmen, stammen aus Familien, die dem ASD bekannt seien.

Alle Ferienfreizeiten, bei denen Plätze gebucht werden mussten, seien ausverkauft.

Weitere Kapazitäten könnten nicht angeboten werden.

Zu TOP 8.

Familienservice
hier: Antrag der SPD-Fraktion

Frau **Hartig** erläuterte den Antrag der SPD-Fraktion und fügte hinzu, dass ein Betreuungsangebot für junge Familien fehle, insbesondere auch für Familien, die zugezogen seien und Kinder, die noch keine Kindertageseinrichtung besuchen. Hier wäre es hilfreich, diesen Familien eine Informationsbroschüre an die Hand zu geben.

Frau **Möller** teilte mit, dass ihre Fraktion den Antrag der SPD begrüße. Es gebe bereits sehr gute Modelle, z.B. in den Niederlanden. Die Erstellung einer umfassenden Broschüre sei eine gute Möglichkeit, nützliche Informationen weiterzugeben.

Frau **Scharrenbach** erklärte, dass die CDU-Fraktion dem Antrag zustimmen werde und verwies auf das Angebot des Landes für die Bereitstellung eines Elternbegleitbuches nach dem Vorbild der Stadt Dormagen. Insofern sollten die vorhandenen Angebote bei der Erstellung der Broschüre genutzt werden. Sie wies darauf hin, dass dem Antrag allerdings nur unter einem finanziellen Vorbehalt zugestimmt werde.

Frau **Dyduch** bat daraufhin um Abstimmung unter finanziellem Vorbehalt.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Kamen beauftragt die Stadtverwaltung Kamen - **unter finanziellem Vorbehalt** - zu überprüfen, welche Möglichkeiten es zur Einrichtung eines Familienservice für Eltern mit Kindern im Alter von 0 bis 3 Jahren gibt. Über die Prüfergebnisse ist der Jugendhilfeausschuss zeitnah zu informieren.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Zu TOP 9.

Vorsorgeuntersuchungen
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Frau **Scharrenbach** erläuterte den Antrag der CDU-Fraktion.

Frau **Dr. Krumme** nahm Bezug auf den Antrag und berichtete über die Ergebnisse der Prüfung der U1- bis U9-Inanspruchnahme, die im Einschulungsjahrgang 2005 durchgeführt wurde. Die Ergebnisse sind der Anlage zum Protokoll zu entnehmen.

Herr **Brüggemann** teilte mit, dass die Zuständigkeiten hier in erster Linie beim Kreisgesundheitsamt lägen. Dennoch sollten die Ergebnisse und Informationen über die Schulkonferenzen und Leiterinnenbesprechungen an die Schulen und Kindertageseinrichtungen weitergegeben sowie im Integrationsrat berichtet werden.

Herr **Güldenhaupt** wies darauf hin, dass die Mitarbeiterinnen der SPFH geschult seien, auf diese wichtigen Untersuchungen hinzuweisen.

Frau **Dyduch** bat um Abstimmung über den Antrag.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Maßnahmen zu ergreifen, um die Inanspruchnahme von Früherkennungsuntersuchungen bei Kindern (U1 bis U9) und Jugendlichen (J1) zu steigern.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Zu TOP 10.

Mobile Jugendsozialarbeit für junge Migrantinnen und Migranten
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Frau **Scharrenbach** erläuterte den Antrag der CDU-Fraktion und nahm Bezug auf den bereits in der Sitzung am 25.02.2003 gestellten Antrag. Die Verwaltung sei zwar bereits tätig geworden, habe aber noch nicht darüber berichtet.

Herr **Dunker** teilte mit, dass im Rahmen der aktivierenden Befragung der Bewohner der Nordstadt über die RAA nicht nur Nachbarschaftskonflikte deutlich geworden seien, sondern auch Defizite in den Bereichen Integration, Bildung und Erziehung. Aus diesen Erkenntnissen wurde im Rahmen des Nordstadtforums eine Aktionsreihe, entwickelt aus den Ergebnissen der Wohnbereichskonferenzen, gestartet.

U.a. fand eine Abfallaktion mit Kindern und Jugendlichen im Jahr 2005 in Verbindung mit der Verbraucherberatung statt. Über einen Zeitraum von August 2004 bis März 2005 bestand das Kontaktbüro. Des Weiteren wurden ein Stadtteilstfest, Ferienaktionen mit dem Spielmobil sowie Kinderaktionen auf dem neuen Spielplatz an der Fritz-Erler-Straße durchgeführt.

Darüber hinaus seien die Ergebnisse der Sozialraumkonferenzen umgesetzt worden. U.a. wurden Aktionen im JFZ und JKC mit jugendlichen Spätaussiedlern durchgeführt.

Der Förderverein für Jugendhilfe finanziere bilinguale Sprachkurse für Kinder, die über die Moscheevereine in die Kurse vermittelt wurden. Des Weiteren gäbe es einen Sprachkurs für türkische Mütter sowie seit 3 Jahren ein Streetworkprojekt in der Nordstadt und informelle Treffs in enger Kooperation mit der offenen Kinder- und Jugendarbeit.

Der Kinder- und Jugendschutzbeauftragte führe regelmäßige Schulsprechstunden durch sowie Partizipationsprojekte, z.B. die Beteiligung von Kindern an der Einrichtung von neuen Spielplätzen. Er besuche außerdem regelmäßig die informellen Treffs.

Zu TOP 11.

Einbringung des Kinder- und Jugendförderplanes

Herr **Brüggemann** bat die Anwesenden um Mitnahme eines Exemplares des Kinder- und Jugendförderplanes und sicherte die Vorlage einer Beschlussvorlage für die Sitzung im September zu.

Frau **Dyduch** richtete zunächst ihren Dank an diejenigen, die an der Erstellung des Kinder- und Jugendförderplanes beteiligt waren und bat die Anwesenden um Durchsicht bis zur nächsten Sitzung.

Zu TOP 12.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

12.1 Mitteilungen der Verwaltung

12.1.1 Spielplätze

Herr **Güldenhaupt** teilte zunächst mit, dass der neue Spielplatz „Auf den Kämpen“ in Südkamen am 13.06.2007 ab 17 Uhr durch

den Bürgermeister an die Kinder übergeben werde.

Des Weiteren plane der Fachbereich zwei weitere Neuanlagen in den Neubaugebieten Berthold-Brecht-Straße in Heeren und im Meckeweg in Methler. Durch die neuen Baugebiete bestehe bereits jetzt schon vor allem in Heeren großer Bedarf. Die Vorplanungen seien noch für dieses Jahr mit Beteiligung der anwohnenden Kinder geplant. Die benötigten Haushaltsmittel werden bereits in die Haushaltsberatungen für das Jahr 2008 einbezogen.

12.1.2 Geschäftsbericht Erziehungsberatungsstelle (EZB)

Herr **Güldenhaupt** wies darauf hin, dass der Geschäftsbericht der EZB zur Mitnahme bereit liege.

12.1.3 Öffnungszeiten DRK-Kindertagesstätte „Monopoli“

Herr **Güldenhaupt** teilte mit, dass die DRK-Kindertagesstätte „Monopoli“ ihre Öffnungszeiten an Freitagen von bisher 14.00 Uhr auf 17.00 Uhr verlängert habe.

12.2 Anfragen

12.2.1 Herr **Weber** fragte, wann der letzte Geschäftsbericht des Jugendamtes vorgelegt worden und wann mit dem Bericht für das Jahr 2006 zu rechnen sei.

Herr **Güldenhaupt** entgegnete, dass der Geschäftsbericht in der bisherigen Form nicht mehr vorgelegt, sondern umgestaltet werden soll. Der neue Plan werde derzeit entwickelt und könne frühestens Anfang 2008 vorgelegt werden. Der Geschäftsbericht soll zukünftig moderner, interessanter und mit Schwerpunktthemen versehen sein.

12.2.2 Frau **Möller** fragte, wann die Sozialraumkonferenz in Methler stattfinden soll.

Herr **Dunker** teilte mit, dass diese für den 18.06.2007 vorgesehen sei.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

Anfragen ergaben sich nicht.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

- entfällt -

gez. Dyduch
Vorsitzende

gez. Güldenhaupt
Schriftführer

Anlagen

Einführung KiBiz

Eckpunkte der zukünftigen Finanzierungsstruktur der Tageseinrichtungen für Kinder und
Förderung der Tagespflege

Kindergarten-Statistik

Inanspruchnahme der Vorsorgeuntersuchungen